

## Bekanntmachung.

In Verfolg meiner Bekanntmachung vom 1. d. Mts. werden die Herren Mitglieder der beiden Häuser des Landtages hierdurch ergebenst davon in Kenntniß gesetzt, daß die Eröffnung des auf den 12. d. M. einberufenen Landtages an diesem Tage Mittags 12 Uhr im Weissen Saale des königlichen Schlosses erfolgen, und daß zuvor Gottesdienst um 11 Uhr im Dome für die evangelischen und um 11½ Uhr in der St. Hedwigskirche für die katholischen Mitglieder stattfinden wird.

Berlin, den 10. Januar 1877.

Der Minister des Innern.  
Graf Eulenburg.

## Deutschland.

Berlin, 10. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser hat im Namen des Deutschen Reichs die von dem Directorium der Kirche Augsburgischer Confession zu Straßburg vorgenommene Ernennung des Vicars Carl Emanuel Müller in Colmar zum Pfarrer in Lohr, Bezirk Unter-Elsach, bestätigt.

Se. Majestät der König hat den bisherigen königlich bayerischen Rechts-Praktikanten Franz Joseph Georg Fleischmann zum Garnison-Auditeur in Saarlouis und den bisherigen königlich bayerischen Auditoriats-Praktikanten Carl Wagner zum Garnison-Auditeur in Wieslo ernannt, sowie dem Kaufmann und Fabrikbesitzer Carl Emil Chart zu Berlin den Charakter als Commerzien-Rath verliehen.

Der bisherige Geheime Rechnungs-Revisor bei dem Rechnungshofe des Deutschen Reichs, Puhlmann, und der bisherige Geheime Secretariats-Assistent bei dem Reichskanzler-Amt, Hoffmann, sind zu Geheimen expeditionären Secretären und Calculatoren bei dem Reichskanzler-Amt für Thüringen ernannt worden.

Berlin, 10. Jan. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahm heute zunächst einige militärische Meldungen entgegen und ließ sich dann von dem Geheimen Cabinetsrath von Wilmowski Vortrag halten.

Um 1 Uhr hatte der bisherige Director im Reichskanzleramt, von Amsberg, die Ehre des Empfangs.

[Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittag die Melbung des General-Majors v. Mutius, Commandeurs der 18. Infanterie-Brigade, und mehrerer königlich bayerischer und württembergischer Artillerie-Offiziere entgegen und empfing den dieszeitigen Militär-Attache in Paris, Major und Flügeladjutanten von Bülow. Abends 7½ Uhr besuchten die kronprinzipialen Herrschaften mit dem Prinzen Waldemar die Vorstellung im Opernhaus.

(Reichs-Anz.)

= Berlin, 10. Jan. [Die Wahlen. — Der Sitz des Reichsgerichts. — Der Staat.] Nach übereinstimmenden Nachrichten aus den 6 Berliner Wahlbezirken war die Theilnahme an den heutigen Reichstagswahlen überall eine bedeutend regere, als vor drei Jahren. Vor jedem Wahllocal waren Leute aufgestellt, welche den eintretenden Wählern bedruckte Zettel mit den Namen des Candidaten der Nationalliberalen, der Fortschrittspartei und der Socialdemokraten zur Verfügung stellten. Die letzteren hatten gestern Abend zwischen 9 und 10 Uhr im 5. und 6. Wahlbezirk, in welchen die meisten Arbeiter wohnten, an die innere Seite des Haustores aller Häuser eine dringende Empfehlung ihrer Candidaten anheften lassen. Jedenfalls hat seit 1866 eine so lebhafte Wahlagitation hier nicht stattgefunden, wie jene der letzten Tage in Berlin. — Wie von unterrichteter Seite behauptet wird, wäre in der nächsten Reichstagsession die Vorlegung des in den Justizgesetzen vertheilten Entwurfes über den Sitz des Reichsgerichts eine unausbleibliche Nothwendigkeit. Wie die Entscheidung über diese Angelegenheit auch ausfallen möge, so können bezüglich des Ortes nur Berlin und Leipzig in Frage kommen und zwar der letzgedachte Ort neben Berlin wegen des dort bereits befindlichen und zur Verhmelzung mit dem Reichsgericht bestimmten Reichs-Ober-Handelsgericht, theils wegen des Sitzes der Universität. Gewichtige Stimmen innerhalb der Reichsregierung haben sich bereits für Berlin entschieden. Jedenfalls ist aber eine Erledigung der Frage um deshalb so schleunig wie möglich geboten, weil es sich darum handelt, ein Grundstück zu erwerben und den Bau des Gerichtsgebäudes in Angriff zu nehmen. Es wird ferner die Unterbringung von circa 100 Familien erforderlich, welche für Leipzig jedenfalls erneute Schwierigkeiten haben würde. Uebrigens sei daran erinnert, daß als die Commission zur Beratung einer Civil-Prozeß-Ordnung für den Norddeutschen Bund sich mit der Frage über Einrichtung eines höchsten Bundes-Gerichtshofes beschäftigte, die außerpreußischen Mitglieder der Commission zumeist für die Verlegung des Gerichtshofes nach Berlin plaidierten. — Zu den Vorlagen, welche wegen der knapp bemessenen Landtagsession jetzt zurückgestellt und für den Herbst bestimmt worden sind, gehört u. A. auch ein Entwurf wegen Unterstellung der Begräbnisplätze unter die Stadtgemeinden. Die Angelegenheit ist vom Cultusminister einem seiner Räthe als Referenten übertragen worden, welcher den Entwurf fertig ausgearbeitet hat; jedoch hat derselbe die weiteren erforderlichen Statuten noch nicht durchlaufen. — Es ist bereits mehrfach mitgetheilt, daß der Finanzminister erhebliche Einschränkungen der außerordentlichen Ausgaben des nächstjährigen Staats in allen Ressorts hat eintreten lassen. Am wenigsten ist, wie jetzt bekannt wird, das Extraordinarium des Cultusministeriums gefürchtet und fast die ganze Reihe der Forderungen für den öffentlichen Unterricht bewilligt worden. Im Großen und Ganzen hat der Cultusetat eine Fassung, welche den mehrfach proclamirten Absichten des Centrums zu umfangreichen Debatten wenig oder gar keinen Anlaß bietet. Seitens des Cultusministeriums wird überdies in der nächsten Landtagsession keine besondere Vorlage eingeführt.

[Das Zeughaus.] Außer den schon genannten Vorlagen für den Landtag wird die Thronrede wahrscheinlich auch noch die Wiederholung des Gesetzes über die veränderte Einrichtung des Zeughause anzündigen. Das in der vorigen Session erhobene Bedenken, daß das Zeughaus Reichseigenthum sei und daher nicht für preußische Zwecke erledigt werden könne, ist, wie man hört, durch ein Übereinkommen erledigt.

[Über die parlamentarischen Versammlungen] schreibt die „Prov.-Corresp.“:

Der Landtag der Monarchie wird am Freitag (12.) nach vorhergegangenem im Weissen Saale des K. Schlosses eröffnet werden. Se. Majestät der Kaiser und König will die erste Session der neuen Legislaturperiode, obwohl die

anzukündigenden parlamentarischen Aufgaben von geringerer Bedeutung sein werden, persönlich eröffnen.

Die bevorstehende Session kann nur von kurzer Dauer sein, weil demnächst der deutsche Reichstag zu seiner ersten ordentlichen Session und jedenfalls früh genug berufen werden muß, um den Reichshaushalt-Stat vor dem 1. April festzustellen zu können.

Mit der Verlegung des Beginns des Etatsjahres auf den 1. April war von vornherein die Absicht verknüpft, eine neue und feste Ordnung der parlamentarischen Sessionen einzutragen zu lassen, während der Reichstag seine ordentliche Session fortan regelmäßig in den ersten Monaten des Jahres halten soll, wird der Landtag für seine ordentliche Session zunächst auf die letzten Monate angewiesen sein. In diesem Jahre aber mußte der Landtag noch im ersten Quartal zu einer Session berufen werden, weil die verfassungsmäßige alljährliche Berufung in dem Zeitraum von November bis zur Mitte Januar mit Rücksicht auf die jüngste Reichstags-Session noch nicht hätte stattfinden können und demzufolge auch der Staatshaushalt-Stat für das mit dem 1. April beginnende Etatsjahr noch nicht festgestellt worden ist.

So müssen denn diesmal noch die beiderseitigen Sessionen im ersten Quartale des Jahres unmittelbar auf einander folgen, — mit nächstem Herbst aber soll die weitere regelmäßige parlamentarische Ordnung beginnen.

Hieraus ergiebt sich die unerlässliche Veränderung der bevorstehenden Landtagsession auf das unbedingt Rothwendige: d. h. im Wesentlichen auf die Beratung des nächsten Staatshaushalt-Stats. Derselbe wird sich, abgesehen von neuen Zuwendungen für Zwecke, deren Billigung schwerlich einem Bedenken unterliegen wird, im Allgemeinen durchaus den früheren Stats anghliegen und daher an und für sich zu langwierigen Erörterungen kaum Anlaß bieten. Neben der Beratung derselben wird sich Zeit zur Erledigung einiger Vorlagen finden, welche grobenhafte nur von provinzieller Bedeutung und in den Provinzial-Landtagen vorberaten sind, theilweise, wie der Gesetzentwurf über die Vorbildung und Besäfigung für die höhere Verwaltung, schon früher die beiden Häuser beschäftigt haben und der Vereinbarung nahe geführt waren.

Culm, 8. Jan. [Vernehmung.] Wie man der „Germania“ aus Culm mittheilt, ist dort der Vater des jungen Geistlichen Włodzimierz, welchen so lange in Zeughaft gehalten wurde, gerichtetlich darüber vernommen worden, woher er das Geld für die Selbstbefreiung des Sohnes bekommen habe. Er deponierte ehrlich, daß er allerdings eine kleine Summe von dem Pfarrer erhalten habe, sobald er aber wisse, sei dies kein Geschenk gewesen, sondern eine rückständige Rate der seinem Sohn für gewisse Leistungen (Aushilfe bei Anfertigung schriftlicher Arbeiten) gebührenden Remunerations; übrigens habe sein Sohn auch über eigene Geldmittel verfügt.

Köln, 8. Jan. [Dr. Hermann Becker.] Einem allgemein verbreiteten Gerüchte zufolge soll unser Oberbürgermeister Dr. Hermann Becker, demnächst als vortragegender Rath in das Handelsministerium berufen werden!

Arolsen, 8. Jan. [Der zwischen Preußen und Waldeck abgeschlossene Accessionsvertrag] ist bekanntlich von Seiten Preußens zum 1. Januar 1878 gekündigt worden. Es ist dies jedoch mit dem Bemerken geschehen, daß durch die Kündigung eine anderweitige vertragsmäßige Regelung des bisherigen Verhältnisses nicht ausgeschlossen sein solle. Wie man jetzt erfährt, sind kürzlich die Verhandlungen behufs Abschlusses eines neuen Vertrages damit eingeleitet worden, daß der Fürst von Waldeck die preußische Regierung um Mittheilung der von Preußen für erforderlich erachteten Modifikationen des bisherigen Vertragsverhältnisses gebeten hat. Einen Hauptgegenstand der Verhandlungen dürfte die Frage bilden, wie künftig die Landesausgaben Waldecks bestritten werden sollen. Schon jetzt zahlt Preußen einen jährlichen Zuschuß von 240,000 Mark, dessen Erhöhung notwendig ist, vom Abgeordnetenhaus aber schwerlich genehmigt werden wird. Den einzigen Ausweg würde die Heranziehung des Domänenvermögens zu den Kosten der Verwaltung bieten, und diesen Ausweg dürfte auch die preußische Staatsregierung in Vorschlag bringen.

Meiningen, 8. Jan. [Erklärung.] In der „Dorfzeitung“ veröffentlicht das Ministerium zu Meiningen Folgendes:

In dem letzteren Tage in mehreren größeren Zeitungen erschienenen Artikel: „Die Deutschen Justizgesetze, eine Anprache des nationalliberalen Central-Comités an das deutsche Volk“ findet sich bei referirender Versprechend des Gerichtsverfassungsgesetzes der Satz: „Cabinettsjustiz, wie sie teilweise noch in Mecklenburg, Sachsen und Meiningen bestand, darf nicht mehr geübt werden.“ Die Veranlassung zur Beziehung des Herzogthums S.-Meiningen in diese Darstellung dürfte wohl nur in den dem Entwurf des Gerichtsverfassungsgesetzes beigefügten Motiven zu suchen sein, woselbst gesagt wird, „die Zuweisung der Gerichtsbarkeit an Gerichte durch reichsrechtliche Bestimmung hat gegenüber dem bestehenden Rechte einzelne Schwierigkeiten in zweifacher Richtung eine negative Bedeutung: es werden dadurch die geringen in Deutschland vorhandenen Spuren persönlicher direkter Einwirkung des Landesherrn auf den Gang oder die Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten ausgeschlossen und es ergiebt sich aus der Bestimmung zugleich die grundsätzliche Trennung der Justiz von der Verwaltung...“ Als die leichten in Deutschland vorhandenen geringen Spuren der Zulässigkeit eines Eingriffs in den Gang der freitigen Gerichtsbarkeit sind... herorzuhaben: . . .

„b) in Sachsen-Meiningen entscheidet der Landesherr persönlich über Beschwerden gegen die Entscheidung, welche das Oberappellationsgericht“ (soll heißen Appellationsgericht) „über ein vom Schulden in der Executions-Instanz gestelltes Stundungsgesuch gegeben hat (Executionsordnung vom 17. Juli 1862 Art. 92).“

Diese Bestimmung enthält die bekanntlich im gemeinen Rechte und zwar schon aus der Zeit des römischen Rechts unbestritten begründete Befugnis des Regenten zur Moratorienerhebung, und ist, wenn auch mehrfach in anderen Staaten durch neuere Verfassungen aufgehoben, doch in den diesseitigen Executionsordnung verblieben, indem dem Herzog das Recht eingeräumt ist, unter den gesetzlich bestimmten Voraussetzungen einem Schuldner eine einmalige Stundungsfrist von längstens 4 Monaten zu gewähren. Aber es ist notorisch bis heute kein einziger Fall vorliegen, in welchem der Herzog von dieser Befugnis Gebrauch gemacht und abweichend vom Gerichtsbeschlüsse ein Moratorium erhebt hätte, sowie auch die S.-Meiningenische Regierung bei den Beratungen über die Reichscivilprozeßordnung mit dem Beispiel jener gemeinschaftlichen Bestimmung völlig einverstanden gewesen ist. Im Weiteren glaubt man sich auf die Hinweisung beschränkt zu können, wie gerade in S.-Meiningen schon durch die Edicte vom 21. Januar 1829 jede Möglichkeit eines Eingriffs der Regierung in den Wirkungskreis und in die Unabhängigkeit der Gerichte befeitigt worden ist (vergl. z. B. Edict Nr. 2 Art. 12), und wie durch die Verordnung vom 16. Juni 1829 über die Kompetenzverhältnisse zwischen den Gerichten und den Regierungs- und Verwaltungsbehörden eine grundfeste und völlige Trennung der Justiz von der Verwaltung eingeführt worden ist.

Karlsruhe, 8. Jan. [Der altkatholische Bischof Reinhard] hat der großen Regierung den Revers ausgestellt, daß er die Gesetze des Staates und die rechtmäßig erlassenen Anordnungen der Staats-Gewalt befolgen und seine ihm untergeordneten Kirchendiener zu deren Befolgung anhalten wolle; in Folge dieser schriftlichen Erklärung werden nun die Alt-katholiken überwiesenen Pfunden insofern Anteil an den Gewährungen des Pfarr-Dotations-Gesetzes nehmen, als sie unter das gesetzliche Minimum von 2000 Mk. Einkünfte fallen.

## Italien.

Rom, 5. Jan. [Über die Gratulationscour im Vatican] wird unter dem 30. December berichtet: „Im Vatican geht es seit einigen Tagen hoch her. Die Gratulanten, heute zu den Weihnachten, morgen zum Namensfeste des Papstes (Johannes Evangelist), übermorgen zum Neujahrstage, oder auch aus diesen drei Anlässen auf einmal, drücken einander nur so Giner nach dem Andern die Thürklinke in die Hand. Am 27. d. empfing Pius IX. „seinen ganzen Generalstab und die Offiziere der päpstlichen Armee“ im Saale des Consistoriums. Der General-Kanzler verlas eine Adresse, auf welche der Papst mit einer entsprechenden Rede erwiederte. Für die Herrschaften im Vatican dreht sich offenbar die Welt nicht, wobei wir übrigens gestehen, Excellenz Kanzler, dem Generalstab und dem üblichen Offiziercorps Sr. Heiligkeit nicht allzu übel zu nehmen, daß sie den 20. September aus ihrem Kalender gestrichen haben; denn wenn sie an denselben glaubten, wäre die erste Folge davon die, daß sie nicht bloß von der Kriegsgage, welche sie als die im Bordertreffen stehenden Kämpfen der „streitenden Kirche“ beziehen, auf Friedenslöhnung herabgesetzt, sondern vielleicht gar auf Pensionsgehalt reducirt würden. Nachdem der Papst sodann den Generalstab und die Corpscommandanten zum Handkuss zugelassen, kamen die in den verschiedenen Sälen der päpstlichen Wohnung aufgestellten Civilbeamten und eine Anzahl der hervorragendsten Personen der Römischen Bürgerschaft an die Reihe. Nach der Audienz begab sich der General-Kanzler, immer „an der Spitze des Generalstabes und der Corps-commandanten“ zum Cardinal-Staatssekretär Simeoni, demselben ebenfalls zu seinem Namensstage zu gratulieren. Am 28. um 10½ Uhr Vormittags empfing der Papst die Huldigungen und Glückwünsche einer Anzahl von Gesandten und gestern nahm er die Glückwünsche „der verschiedenen Körperschaften des päpstlichen Staates“ entgegen. Da waren die apostolischen Protonotare, das Tribunal der heiligen Rota, ferner der Staatsrath, die Consulta für die Finanzen, das bürgerliche Tribunal von Rom, die Consistorialadvocaten und Andere zugegen, an deren Spitze sich die Cardinale Sacconi und Mertel befanden, von denen der Erste die Ansprache hielt, auf welche der Papst mit einigen wohlwollenden Worten antwortete. Heute endlich erschienen als Gratulanten wieder eine Anzahl Botschafter, und in dieser Weise wird es noch so ungefähr bis halben Januar fortgehen.

[Über den Stand der von der Regierung eingeleiteten Unterhandlungen wegen Übergabe des Betriebes der oberitalienischen Eisenbahnen an die Privatindustrie] wird von offiziöser Seite Folgendes mitgetheilt:

Mit dem Herzoge von Galliera waren die Unterhandlungen sehr weit vorgeschritten und man kann sagen, auf einem guten Punkte angelangt. Allerdings hatte er den Bombrini, den Baldiuno und andere nationale Bankiers mit sich, aber er selbst stellt zum niedrigsten Zinsfuß Millionen zur Verfügung. Nach seinem Ableben mußte man die Combination ändern, indem eine weitaus höhere Garantie des Ertrages pro Kilometer verlangt wurde, zu welcher das Ministerium bisher seine Zustimmung zu geben nicht geneigt ist. Es existirt indessen eine andere Gruppe, welche, wie es scheint, bessere Bedingungen stellt und in welcher sich Rothschild, Hambro und einige andere Londoner Bankiers befinden. Delegirter dieser Gruppe, an welcher einige italienische Capitalisten und wohl auch mehrere nationale Banken Theil nehmen würden, ist der Comm. Amilhau, welcher ab und zu nach Rom kommt. Es ist uns nicht bekannt, in welchen Punkten gerade diese beiden Gruppen sich Concurriren machen und das Ministerium in der Unwissheit halten. Thatzache ist, daß es außer diesen beiden Combinationen keine dritte gibt, ohne in den Staatsbetrieb zu versallen. An den Staatsbetrieb aber kann, darf und will man nicht denken: Das Ministerium würde sonst seinen Verpflichtungen, seinen Prinzipien, seinem Ursprunge untreu werden. Es heißt also Geld nehmen von dem, der es hat, und wir stehen an dem Scheidewege: entweder den fremden Capitalien oder jenen der Bank und des „Credit mobilier“ ein gutes Gesicht zu machen. Die Linke hat immer gegen die Nationalbank geschrien, sie hat vielleicht zu sehr gegen die „Sklaverei“ der fremden Capitalien geschrien, und nichts ist daher natürlicher, als daß die Meldungen von diesen Unterhandlungen einiges Misstrauen erwecken. Es heißt also eine Wahl treffen, es wäre denn, man wollte unter das caudinische Joch des Staatsbetriebes zurückgehen. Wollen wir alles sagen, was wir denken, so scheint uns das Ministerium in Enem nur Unrecht zu haben, nämlich, daß es sich so sehr in geheimnisvolles Dunkel hüllt. In derlei Geschäften schadet das Geheimnis Allen, und es ist eine der Hauptursachen gewesen, welche den Vorschlägen Minghetti's, die Eisenbahnen für den Staat zu erwerben und von Staatswegen zu betreiben, so große Gegnerhaft schufen. Die freien Länder werden mit großer Dessimilitudine regiert: es mag das mit Unzufriedenheiten verbunden sein, dieselben sind aber Null im Vergleiche mit jenen, die von der Geheimnißrämerie herverursachen werden. Es gibt vielleicht keine Frage, in welcher eine breite und reizliche Verpflichtung mehr nützen könnte als diese des Betriebes der Eisenbahnen. Wir glauben denn auch, daß sich das Ministerium für diesen Theil entscheiden wird, als denjenigen, bei welchem es am besten seine Handlungsweise rechtfertigen kann.“

## Frankreich.

Paris, 8. Jan. [Zur Eröffnung der Kammern.] Gambetta. — Kaiserin Eugenie. — Statistisches. — Universität Lille. — Sanas. — Von der Conferenz.] Morgen beginnt die zweite ordentliche Session der beiden Kammern. Im heutigen Ministerrath hat man definitiv beschlossen, weder eine Präsidentenbotschaft noch eine ministerielle Erklärung an die Landesvertretung zu richten, da die Erklärung, welche Jules Simon bei seinem Amtsantritt abgab, noch in ganz frischem Gedächtniß. Die erste Sitzung wird also in beiden Versammlungen wahrscheinlich ausschließlich der Wahl der Vorstände gewidmet sein. Das Mandat der bisherigen Präsidenten ist mit dem 1. Jan. erloschen. Der älteste Deputirte ist der 83jährige Naguib (ihm folgen im Altersrange der General Allard und Thiers), der Nestor des Senats ist der 85jährige Gaulhier de Rumilly, dem sich General Changarnier (84 Jahre) und Crémieux (83 Jahre) anschließen. Die Wiederwahl der beiden Präsidenten Jules Grévy und Duc d'Audiffret-Pasquier wird nicht bezweifeln. — Die Bureaux der Linken in der Kammer sind außerdem übereingekommen, den ganzen Vorstand im Amt zu erhalten. Als ersten Vizepräsidenten des Senats stellt die Linke dieser Versammlung den Grafen Rampon vom linken Centrum auf, und die Rechte scheint keinen Widerstand leisten zu wollen. Die Idee einer sofortigen Vertagung der Kammern bis zum Februar wird nur noch schwach befürwortet; das Ministerium unterstützt dieselbe nicht und ebenso wenig die Linke der Kammer. Mac Mahon ist heute früh aus Sully-sur-Loire zurückgekehrt und hat an dem erwähnten Ministerrath Theil genommen. Auch der Arbeitsminister Christophe ist von einer Reise nach Belgien und Holland wieder eingetroffen. — Gambetta wird nicht zum Beginn der par-

Iamentarischen Verhandlungen in Paris eintreffen. Es heißt, daß er gegen Ende der Woche von Nizza abreisen und nicht nur in Avignon einem großen Bankette beiwohnen, sondern auch in Marseille eine Rede über die von der republikanischen Partei zu befolgende Politik halten will. — Die Kaiserin Eugenie kehrt nicht nach Rom zurück. Die Freunde der Familie erklären diesen Entschluß dadurch, daß die Wittwe Napoleons es vermeiden will, ihren Sohn von Neuem in die etwas gemischte Gesellschaft, in welcher er bei seinem jüngsten Aufenthalte in der heiligen Stadt verkehrte, zu bringen. In der That aber scheint der Grund für die Veränderung des Reiseplans darin zu liegen, daß die Kaiserin erkannt hat, sie werde den Papst nicht vermögen, Anstrengungen für die Interessen der Dynastie zu machen. — Die Pariser Bevölkerung ist, wie gemeldet, nach der letzten Zählung in der Zunahme begriffen. Diese Zunahme ist weit stärker, als man anfänglich behauptete; sie beträgt gegen das Jahr 1872 134,956. Die Einwohnerzahl von Paris betrug nämlich am 1. Decbr. 1876 1,986,748. In den letzten Tagen ist in Lille eine Facultät der Sprachwissenschaft eröffnet worden, durch deren Anschluß an die schon bestehenden Facultäten die dortige katholische Universität jetzt zu einer vollständigen ge-

worden ist. Der Beginn der Vorlesungen wird für den 18. Januar, d. i. Petri Stuhlfest, verkündigt. Das Norddepartement, dessen Hauptstadt Lille ist, gehört in Frankreich zu den reichsten Domänen des Clerus. Es ist ein wohlhabendes Departement und nirgends ist die clericale Propaganda besser organisiert. Für den Peterspfennig werden von dort aus jährlich gewaltige Summen nach Rom expediert. Dank dieser starken Organisation hat man in wenigen Monaten für die Gründung der katholischen Universität über  $5\frac{1}{4}$  Millionen Franken gesammelt. Dieses anständige Capital ist aber, wie die „Semaine religieuse“ erklärt, noch nicht hinreichend. „Es giebt Personen, welche sich für 50,000 und 100,000 Franken hätten einschreiben können, und die nur 10,000 oder 20,000 Fr. gegeben haben!“ Also ruft das fromme Blatt entrüstet und führt diesen knauserigen Gebern das Beispiel eines Anonymus zu Gemüthe, welcher 212,250 Fr. für die Gründung zweier Lehrstühle geschenkt hat. Es verspricht den Spendern zahlreiche Vortheile, als Messen, Einschreibung ihrer Namen auf eine Gedächtnisplatte u. s. w. und ermahnt diejenigen, welche sich zu Jahresbeiträgen verpflichtet haben, diese Beiträge, wenn irgend möglich, mit einem Male abzutragen, da der Tod des Spenders die vollständige Zahlung verhindern könnte. Bei Anzeige der Eröffnung der Universität fügt die „Semaine religieuse“ hinzu: „Der hl. Stuhl hat geruht, die Statuten des Werkes zu billigen und hat ihm das Recht zuerkannt, Grade zu ertheilen, die in den Augen der Kirche geltig sind. Diese ganz außergewöhnliche Gunst wird uns durch noch festere und engere Bande an das unfehlbare Großmeisterthum des Nachfolgers Petri knüpfen. — Der Deputirte Sansas, einer der Vertreter von Bordeaux, ist in Versailles gestorben. Er war im Jahre 1804 geboren und hat als Advocat in Bordeaux stets die republikanischen Interessen vertheidigt. Unter dem Kaiserreiche war er zweimal verbannt worden. — Die letzten Nachrichten aus dem Orient haben hier die Ueberzeugung bestätigt, daß auf der Conferenz in Konstantinopel alle Theile vor einer gewaltsamen Lösung des Conflicts zurückseheuen, daher man auch jetzt noch ein friedliches Resultat der Conferenz nicht für unmöglich hält. Der officiöse „Moniteur“ sagt heute Abend auseinander, daß insofern schon für den europäischen Frieden die Hauptstraße gewonnen sei, als die Gefahr eines Conflicts zwischen England und Russland völlig beseitigt scheine.

○ Paris, 9. Januar. [Zur Restaurirung der Tuilerien.— Militärisches. — Alexander Dumas. — Sadyk Pascha. — Opernbälle.] Unter den Gesetzentwürfen, mit welchen der Senat sich in der nächsten Zeit beschäftigen wird, ist einer, für den das große Publikum sich interessirt, wenn auch nicht gerade leidenschaftlich. Wir meinen das Project betreffs Wiederherstellung der Tuilerien, die bekanntlich in der schrecklichen Maiwoche von 1871 zum größten Theile niedergebrannt sind. Es ist im Senate eine Commission damit beauftragt worden, die Möglichkeit eines Wiederaufbaues des Palastes zu prüfen. Sie hat ihren Bericht niedergelegt und darin heißt es, daß der Arbeitsminister mit Nachstern ein Gesetz vorlegen wird, „welches die Erhaltung des Tuilerienpalastes in seiner ursprünglichen äußerer Form sichert.“ Denn die Möglichkeit des Wiederaufbaues oder vielmehr der Restauration ist von den Sachverständigen erkannt worden und zwei bewährte Architekten, Duc und Lefull, haben eine doppelte Methode für die Befestigung der stehen gebliebenen Mauerreste bezeichnet. Ihre Anwendung würde freilich etwa 4 Millionen kosten, so daß man sich vielfach sagt, ob es nicht gescheiter wäre, Alles niederzureißen und einen ganz neuen Bau aufzuführen. Wie die Regierung über die Angelegenheit denkt, geht aus den im erwähnten Bericht angeführten Worten des Ministers hervor: „Das Verschwinden des Tuilerienpalastes wäre ein Act des Vandalismus, dem er, der Minister, sich nicht anschließen könnte.“ Vielleicht ließe sich gegen diese Neuherzung Einiges einwenden. Wie das Verschwinden eines Gebäudes, das sich im Zustand der Ruine befindet, ein „Act des Vandalismus“ genannt werden kann, läßt sich nicht leicht einsehen. Wenn aber mit dieser Neuherzung gesagt sein soll, daß es ein Act des Vandalismus wäre, die Tuilerien nicht wieder so aufzuführen, wie sie gewesen, so wird es auch im gebildeten Theile des Publikums nicht an Widerspruch fehlen. Die Meinungen gehen da sehr auseinander. Alle Welt ist darüber einig, daß man den jetzigen Zustand der Dinge für die Periode der Ausstellung ein Ende machen müsse; aber die Erneuerung des Palastes in seiner alten Form hat verhältnismäßig wenig Anhänger, es sei denn unter denjenigen, welche die geheime Hoffnung hegen, bald wieder ein gekröntes Haupt in den Tuilerien zu sehen. Ein clericomonarchisches Blatt

Haupt in den Tuilerien zu sehen. Ein neu- und modernes Bauwerk versichert allerdings, daß es dem künftigen Monarchen nicht einfallen werde, in den Tuilerien zu wohnen und daß er seinen Sitz nach Saint-Cloud verlegen werde. Wie dem sein mag, so verbindet die große Menge mit dem Plane der einfachen Restauration des Palastes natürlich den Argwohn, daß es auf eine Restauration der Monarchie abgesehen sei, und schon darum ist dieser Plan nicht populär. Von Anderen wird er bekämpft, weil sich für den Palast in seiner alten Anlage schwerlich eine zweckmäßige Bestimmung finden ließe; weder als Museum, noch als Bibliothek wäre er recht zu verwerten. Man bringt daher verschiedene andere Projecte aufs Tafel; hier wird verlangt, daß man das Terrain des Palastes benütze, um den Tuileriengarten zu erweitern, dort, daß man auf der Stelle der Ruine ein monumentales Treibhaus errichte. Wieder andere verlangen die Errichtung eines großartigen Gebäudes nach ganz neuen Plänen, welches darauf berechnet sei, die herrliche Perspective der Champs Elysées würdiger abzuschließen als es die Tuilerien gethan, und dem man dann auch eine zweckmäßigeren Einrichtung für die erwähnte Bestimmung als Museum, Concertgebäude oder dergleichen geben könnte. Es ist schwer zu sagen, wie es damit werden wird. Der Senat wird aller Wahrscheinlichkeit nach sich für die Restauration der Tuilerien entscheiden, aber das Gesetz muß auch von der Deputirtenkammer bestätigt werden. — Morgen treten sämmtliche Corps-Commandanten zusammen, um die Avancementsliste für die Offiziere festzustellen. Den Vorsitz bei ihren Berathungen führt der Marschall

Sanz Robert. — Wie gemeldet, ist Alexander Dumas nach Neapel unterwegs. Er hat, wie es heißt, die Absicht, seine Rechte auf den Palast Chiato ohne Geltung zu machen. Garibaldi gab diesen Palast dem älteren Dumas als Belohnung für die Dienste, welche er beim neapolitanischen Feldzug geleistet hatte. Nach einigen Einwendungen La Marmora wurde das Geschenk vom Könige Victor Emanuel anerkannt und der ältere Dumas bewohnte seinen Palast, bis er eines Tages in Folge einer derben Neußerzung über die Guepi und Lazzaroni von einer Deputation aufgefordert wurde, das Weite zu suchen, wenn er nicht in einem wohlgeföhnten Stile Bekanntschaft machen wolle. Dumas ließ sich nicht zweimal sagen, und er bekümmerte sich seitdem nicht mehr um seinen Palast. Sein Sohn soll in den hinterlassenen Papiere seines Vaters einen Brief Victor Emanuel's gefunden haben, welcher dieses Geschenk bestätigt, und er hat sich auf den Weg gemacht, um sein Eigenthum zu fordern. — Der türkische Botschafter Sadik Pascha wird nächsten Freitag nach Konstantinopel abreisen. — Johann Strauß aus Wien hier angekommen, um die Orchesterproben für die Opern-Säle zu leiten. Diese Säle werden äußerst glänzend werden. Für den ersten sind schon 10,000 Billets verlangt.

\* Paris, 8. Jan. [Die französischen Bischöfe] lassen sich schreibt man der „R. Ztg.“, nicht stören, sie treiben Politik und die Eröffnung der Session für 1877 wird zu Hirtenbriefen benutzt, in denen für reactionäre Zwecke gewühlt wird. So redet der Erzbischof von Toulouse von den Gefahren, welche „die heiligsten Interessen unseres heuren Landes laufen können!“ man darf sich nicht verschweigen, daß die gegenwärtige Stunde eine Stunde der Krisis ist“. Denn, giebt es zu verstehen, die Gebete müssen nicht den ganzen Versammlungen, sondern nur denjenigen Mitgliedern, welche Gott ihre demütigen Bitten vorbringen werden, zu Gute kommen! Der Bischof von Montpellier kennt die bestehenden Staatseinrichtungen und die bestehende Regierung „unser gegenwärtiges Chaos“; man müsse nicht für dessen Dauer beten, man müsse beten, damit eines Tages ein höherer Zustand aus ihm erworgebe! „Welche traurige Figur“, meint „Tempz“, „wird nach diesen Worten das der Form wegen vom Bischofe von Montpellier vor-

[Die titres d'acquit à caution.] „Siècle“ beschäftigt sich heute angelegerlich mit den Schwierigkeiten, die zwischen Frankreich und Deutschland bezüglich der titres d'acquit à caution entstehen.

„Die Haltung Deutschlands“, schreibt „Siccle“, „muß beachtet werden abgleich unsere Reglementirung der zeitweiligen Zulassungen weniger als früher der Entwicklung unseres Handelsverkehrs mit dem Auslande günstiger ist, so sehen wir doch, daß sie trotz ihres wenig liberalen Charakters politisch schwierigkeiten mit den Nachbarstaaten hervorrufen kann. Mit Recht wird eine Vereinfachung derselben angerathen, die für unsere Production vortheilhaft wäre und die Ursachen des zwischen Frankreich und Deutschland stehenden Streites beseitigen würde. Es wäre dies die Aufhebung der Zollabfuhren auf Eisen, wodurch die zeitweiligen Zulassungen für diesen Artikel von selbst fortfallen müßten. Das ist freilich nicht die Lösung die der oberhandelsrath wünscht, vielleicht aber wird die Kammer die Nothwendigkeit erkennen, sie anzunehmen.“

## Spanien.

Madrid, 5. Jan. [Zur Aufhebung der Dictatur.] Castelar. — Ministerielles.] Eine so wichtige Vorlage, wie über Aufhebung der Dicatur unter Beibehaltung der unter derselben erlassenen willkürlichen Decrete, mußte, so schreibt man der „R. 3.“, sämtliche Oppositionsparteien in die Schranken fordern. Endlich Castelar wurde dadurch bewogen, noch einmal dem Cabinet ein Sündenregister vorzuhalten. Der Redner und Dichter hat seinem Ruhm wieder alle Ehre gemacht. In blumenreichen, edlen Worten sucht er darzuthun, daß die conservative Politik des Ministeriums nicht zu Versöhnung und zum Frieden führt, sondern vielmehr Spaltungen und Zwietracht stiftet, darum slope sie auch kein Vertrauen ein, darum habe sie die Dicatur geschaffen und so lange aufrecht erhalten, darum trachte sie nur nach Willkür, weise friedliche Bürger aus, unterdrücke die Presse, bekämpfe die Gewissensfreiheit und verfolge die Protestanten. Wo bleibt danach die Freiheit? Das ist so ungefähr der Grundgedanke, der sich durch die ganze Rede zog. Die Mehrheit hört dieselbe schweigsam an, während die Constitutionellen wiederholten Beifall zollten. Castelar schloß damit, daß er das Schicksal des Vaterlandes und der Freiheit beklagte. Der Minister-Präsident Sanovas ergriff im Namen der Regierung das Wort und leitete gleich am Anfang an die Debatte auf einen Boden, wo er im voraus einen Triumphes sicher sein konnte. Er bedauerte tief, daß in Spanien der Staat weniger Achtung genössse, als in irgend einem anderen Lande. Führte auch vielerlei Beispiele dafür an, daß im benachbarten Frankreich weniger Freiheit als hier vorhanden sei, und versieg sich zuletzt so weit, unsere deutschen Staatsmänner um ihr glückliches Los zu beneiden. Nach ihm wußte noch Sagasta die Aufmerksamkeit des Kongresses während einer ganzen Sitzung zu fesseln, aber das Urtheil über die Vorlage war längst gesprochen. Die Regierung siegte, und konnte denn heute Nachmittag die Legislaturperiode für 1876 geschlossen werden. — Endlich beschäftigt sich nun auch die spanische Presse mit der mutmaßlichen Veränderung im Cabinet und der eventuellen Ernennung Manuel Silvela's zum Minister des Auswärtigen. Der „Imparcial“ will nicht daran glauben, weil der Kandidat für die Kammermehrheit zu liberal ist. Die offiziösen Blätter beobachten ein tiefes Schweigen über die Angelegenheit. — Folgende naive Note findet sich in der offiziösen „Correspondencia“ vom 1. d. Mis. „Die Anzahl der Grundsteuerzahllenden betrug im Jahre 1860 in vollständiger Ruhe 476,000 und ist im Jahre 1876 auf 300,000 herabgesunken. Entweder liegt hier ein Betrug oder eine thattsächliche Abnahme vor. Die Verwaltung wird den wahren Sachverhalt wo...“

**Großbritannien.**  
London, 8. Jan. [Clericaler Gravall.] Seit einigen Wochen, schreibt man der „K. Btg.“, bildet die Pfarrkirche des Vorortes Hatcham im südöstlichen London einen Gegenstand öffentlichen Interesses. Dort herrscht ein Pfarrer, welcher gleich dem Herrn Mackonochie das hohe Ziel gesteckt hat, dem neuen Kirchendisciplingesezebe höh zu sprechen. Der kirchliche Gerichtshof ist gegen die Missbräuche aufgerufen worden und hat dieselben verboten. Se. Ehrwürden Herr Tooth aber kümmert sich um die Decrete des staatlichen Gerichtshof nicht, denn gleich den Heiden ist er „sich selbst ein Gesetz.“ Gestern vor acht Tagen entsandte der Diözesanbischof einen auswärtigen Geistlichen zur Leitung des Gottesdienstes, in Gemäßheit des Erkenntniß des geistlichen Gerichtshofes, welches den störrischen Pfarrer zeitweil des Amtes enthoben hat. Pfarrer, Curatgeistliche, Kirchenväter und dreißig bis vierzig stämmige Gemeindemitglieder versperrten indessen dem Vertreter des Bischofs den Eingang und schlugen den Angriff zurück. Was nun? wurde allgemein gefragt. Soll dem Gesetz dieser Weise weiter Hohn gesprochen werden? Der Diözesanbischof — der Bischof von Rochester — konnte gegen Tooth nicht weiter vorgehen; diese Aufgabe fiel nun dem Gerichtshofe zu, dessen Verfahren wie das aller Gerichte, nicht immer das allerschnellste ist. Gestern nun celebrierte Herr Tooth wieder auf hochromische Manier „Messe“ wie es ja ritualistische Geistliche gerade heraus nennen. Man sa

einen Krawall voraus und suchte sich auf denselben vorzubereiten. Gegen dreißig Polizisten hielten im Kirchhofe Wacht. Außerhalb desselben hatten die Kirchenväter auf offener Straße eine Barricade errichtet lassen. Während des Gottesdienstes sammelten sich draußen nicht Hunderte, sondern Tausende von Menschen — Arbeiter und Bergleichen, — deren Haltung nichts Gutes ahnen ließ. Der vorhergesene Krawall stellte sich bald in schönster Ausbildung ein. Die Barricade wurde zertrümmert, und mit dem Rufe No Popery! drängte sich die Masse in den Kirchhof ein. Die Kirchenväter forderten mitten im Gottesdienste die anwesenden Männer zur Vertheidigung des Gotteshauses auf. Die Thüren wurden verbarricadiert, und während die Männer Wache hielten, communicirten die Frauen nach römischem Ritus. Das Ansehen mehr als die physische Kraft der Polizisten verhinderte dieses Mal noch mit Mühe und Noth die Entheiligung des Gotteshauses; im Wiederholungsfalle wird indessen eine Stürmung der Kirche als unvermeidlich bezeichnet. Die Gemeinde wurde durch die Menge mehrere Stunden gefangen gehalten, und selbst als sie schließlich den Heimweg antrat, mußte sie wahrhaft Spießruten laufen. Die Geistlichen und Chorknaben nahmen der Sicherheit halber ihren Weg in das Pfarrhaus über einen Zaun. Dadurch entgingen sie der Menge. Bei der Abreise wurden indessen später einige Geistliche aus London, die mit celebriert hatten, auf dem Bahnhofe beschimpft. Hoffentlich verhindert der geistliche Richter Lord Penzance fernern Unfug durch schnelles Eingreifen mit Hilfe der Polizei.

# Provinzial - Zeitung.

—r. Breslau, 10. Jan. [Prof. Dr. A. v. Schlagintweit] hiel gestern Abend im Springer'schen Saale vor einem äußerst zahlreichen Auditorium einen Vortrag über seine Reise von Tibet nach dem östlichen Turkistan in Centralasien. Derselbe war um so belebender und unterhalternder, als die Gegenden und die Sitten ihrer Bewohner, mit welchen uns der Vortragende vertraut mache, noch sehr wenig bekannt sind. Weit entfernt davon, eine ausführliche Beschreibung dieser hochinteressanten und gefährlichen Reise zu geben, wollen wir hier nur Einiges aus dem an Erlebnissen aller Art so reichen Leben des Herrn von Schlagintweit anführen und so zugleich ein kleines Bild jener fernen Regionen geben. Nach einigen einleitenden Worten schilderte der Vortragende zunächst die Stadt Leh in Tibet. Es ist dies eine sehr bedeutende Handelsstadt, in der zu manchen Zeiten sich 2—3000 fremde Kaufleute befinden. Natürlich musste in einem solchen Orte das Erscheinen einer Expedition, wie die Schlagintweit'sche Aufsehen erregen. So kam es auch, daß ein hoher buddhistischer Geistlicher, ein Lama aus Peking, dem sich in Leh Alles nur mit den Zeichen der größten Verehrung nahen durfte, den Führer der Expedition aufsuchte und ihn bei sich zu Tisch lud. Dasselbst wurde er, obwohl mit chinesischer Etiquette wenig vertraut, mit ausnehmender Freundlichkeit behandelt, ja sein hoher Wirth ließ sich sogar herab, ihm eine ganz genaue Reiseroute von Leh nach Peking aufzuschreiben — allerdings, wie sich später herausstellte, eine auf schlaue Täuschung berechnete. Redner führt dies theils als einen Beweis der Schlaueit der Chinesen an, theils für den Umstand, wie vorsichtig man überhaupt auf solchen Entdeckungsreisen seinen eigentlichen Zweck verbergen müsse. In Leh herrschte eine derartige Hitze, daß die Reisenden oft, wenn sie mit der Hand über Decken und Haare führten, in Folge kolossaler Trockenheit Funken sprühen sahen. — Einige interessante religiöse Auffassungen lernte Herr Schl. in dem buddhistischen Kloster Himis in Ladat kennen. So z. B. große Stangen mit Flaggen, sog. Gebetflaggen. Wer unter einer solchen Flagge sitzt, dem sind alle Sünden vergeben. Einfach, aber praktisch! Auch finden in diesem Kloster öfters religiöse Aufführungen statt, der Inhalt derselben ist stets derselbe: Ein junger Mensch wird von einem bösen Geiste versucht, worauf naturgemäß der gute siegt. Darauf erscheinen eine Menge guter und böser Geister, sämmtlich mit Knüppeln bewaffnet, und es entsteht zu Ehren des guten Gottes Buddha eine frische fröhliche Holzerei, bis Buddha selbst erscheint und die auf einander platzenden Geister zur Ruhe verweist. — Redner zeigt die originellen Larven dieser religiösen Schauspieler, was nicht verfehlt, beim Publikum ungeheure Heiterkeit hervorzurufen. — Redner beschreibt dann weiter seine Reise durch das Thal von Nubra, den Weg über den 17,530' hohen Sassa-Pass, die Besteigung eines Gipfels von 20,150' Höhe, sowie des höchsten Plateau's der Erde Lapsa, und endigt den ersten Theil seines Vortrages mit der Beschreibung des viel benutzten Kara-Korum-Passes, der Grenze zwischen Tibet und Turkistan. — In dem zweiten Theile des Vortrages schilderte Herr Schl. zunächst den

— In dem zweiten Theile des Vortrages fuhrte Herr Prof. zunächst den Weg von Kara-Korum-Pass nach dem Bullu-Plateau, woselbst die Reisenden zu ihrer großen Freude viel Holz vorsanden, und zwar ist dies eine Holzart, welche nur nördlich vom Kara-Korum bekannt ist. Von da ging es weiter nach Kishl-Korum, einer 17,700' hohen Wasserscheide mit vielen heißen Quellen. Trotz der kolossalen Vegetationslosigkeit dieses Plateau's erblickten die Reisenden dafelbst oft viele wilde Ochsen, Antilopen u. s. w. in großen Herden herumirrend. Es erklärt sich dies daraus, daß diese Thiere mit der ihnen eigentümlichen Schnelligkeit in wilder Hast von Oase zu Oase jagen. Von diesem Plateau aus wanderte die Expedition durch das sandige, gleichfalls vegetationslose Karakarsch-Thal nach dem See Tutiöl, einer 15,400' hochliegenden Oase. Hier gönnte sich die durch die kolossalen Anstrengungen ermattete Gesellschaft einige Tage Rast, während welcher der mohamedanische Führer derselben die Mußestunden zum Unterricht im Bartstreichen, einer in Turkistan mit peinlicher Genauigkeit beobachteten Hößlichkeit, Essen mit den Fingern und anderen nützlichen Dingen benutzte. Neu gestärkt brach man weiter auf und gelangte zunächst nach den Ruinen Citander-No-Kam, wo einst Alexander der Große, der aber nie dorthin gekommen ist, nach dem Glauben des Volkes geherrscht haben soll. Von hier ging es nach Zunga und von dort über den Kuen-Luen nach Buschia in Turkistan. Der Uebergang über den Kuen-Luen geschah im August in einer Höhe von 16,000' bei furchtbarer Kälte und Schneesturm. Bald nach diesem Uebergange gewahrte man Wiesen und Trüsten und bald darauf die Bewohner derselben, die aber anfangs scheu flohen, weil sie ein auf sie gerichtetes Fernrohr für eine Flinte gehalten hatten. Diese Leute wohnten theils in Zelten, theils in Höhlen. Ganz Turkistan war unter der Herrschaft der Chineesen gewesen, von denen sie grausam behandelt worden waren. Daher empörten sie sich und Jakub Bey, ein Kalmücke, vereinigte nach Vertreibung der Chineesen das Land als Kascharien. Hier in Buschia stand Herr von Schlagintweit vor seinem eigentlichen Sesam, dem Himalaya, zu dessen Erforschung er sich aufschickte. — Herr von Schlagintweit hält morgen (Donnerstag) einen Vortrag über „die wichtigsten Völker Indiens, namentlich die Hindu's“, auf

— d. Breslau, 10. Jan. [Breslauer Gewerbeverein.] Die Versammlung vom 9. d. Ms. eröffnete Stadtrath Hipp auf mit verschiedenen Mittheilungen. Auf früher gestellte Anträge hin hatte es sich der Vorstand zur Aufgabe gestellt, einen Juristen zu finden, welcher im Verein populäre Vorträge über ins Handwerkerleben einschlagende juristische Fragen halte. Ein solcher konnte jedoch nicht gefunden werden. — Ein Aufruf an die Industriellen zur Beteiligung an der Weltausstellung zu Paris konnte nicht erlassen werden, da das Deutsche Reich eine Beteiligung an dieser Ausstellung abgelehnt hat. — Die Museums-Verwaltung ist um die Erlaubnis erucht worden, daß im Museumsgebäude kunstgewerbliche Gegenstände ausgestellt werden können. Eine Antwort steht noch aus. — Nach dem früheren Beschuß, bei den zuständigen Behörden eine Reorganisation der Fortbildungsschulen zu veranlassen, ist zu diesem Zweck eine Commission gewählt worden. Dieselbe besteht aus den Herren: Baurath Lüdecke, Director Dr. Fiedler, Stadt-Schulrat Thiel, Rector Dr. Carstädt, Ingenieur Nipper, Gymnastallehrer Dr. Beblo und Apotheker Müller. — Apotheker Müller macht Mittheilung von verschiedenen Eingängen. Derfelbe Redner macht auf die selbst schon in Fachblättern empfohlene Verfälschung der Seife mit Wasserglas und Kartoffelmehl aufmerksam. Es giebt ein einfaches und von jedem leicht anwendbares Mittel, sich von der Reinheit der Seife zu überzeugen. Reine Seife löst sich nämlich in Spiritus vollständig auf, während die mit Wasserglas und Kartoffelmehl versalzte Seife einen Satz aus diesen Bestandtheilen niederschlägt. Versuche zeigen dies evident. Redner macht ferner Mittheilungen über das sog. Hartglas. Dasselbe wird hergestellt, indem man das Glas in Telli- oder Oelbädern plötzlich abkuhlt. Es erhält dadurch zwar eine große Härte, es zerbricht aber unter Umständen auch sehr leicht. Redner glaubt letztere Erscheinung dadurch zu erklären, daß durch das plötzliche Abkuhlen die Molecule des Glases eigenthümlich gelagert werden. Sobald nun ein gegen diese eigenthümliche Lagerung der Molecule gerichteter Anstoß eintritt, erfolgt leicht ein Springen des Glases. Dieselbe



